

Breslauer Zeitung.



Zeitung.

Vierteljähriger Monnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Gr. Infektionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Petitschrift 1 $\frac{1}{2}$ Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 391. Mittag-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 23. August 1866.

Preußen.

Berlin, 22. Aug. [Se. Majestät der König] empfingen gestern Vormittag militärische Vorträge und begaben sich sodann in die Lazarettstraße in der Pionierstraße (Kaserne des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments) und in der Köpnerstraße, zum Besuch der kranken und verwundeten Soldaten. Um 5 Uhr fand im königlichen Palais ein Diner von 18 Couverts zu Ehren Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin statt, höchstwolcher Abends nach Nürnberg weiter reiste.

Heute empfingen Se. Majestät den von Prag eingetroffenen General-Arzt Dr. Böger, den Vortrag des Civil- und den des Militär-Cabinets und erhielten dem Staatsrat Professor Dr. Gölzer, dem Baron von Malzan-Bosrahsruhe, dem Schriftsteller von Bernhardi, dem Oberst-Lieutenant von Bischofshausen und dem Wirklichen Geheimen Rath von Savigny Audienzen. (St. A.)

O. K. C. [Die Budgetcommission] setzte gestern Abend 6 Uhr ihre zur Mittagsstunde unterbrochene Beratung der Indemnitäts- und Credit-Vorlage in Gegenwart des Finanzministers v. d. Heydt und der Geh. Räthe Möller und Wollny fort, indem sie in die Specialdiscussion über die Regierungsvorlage eintrat. Referent Abg. Twesten führte in Bezug auf Art. 1 ans, daß die Erteilung der Indemnität rechtlich wie politisch richtig sei; das Abgeordnetenhaus hätte die erhöhten Ausgaben für die Armee schon im vorigen Jahre bewilligt, wenn damals gesagt worden wäre, daß ein so gewaltiger Krieg in Aussicht stände. Abg. Reichenheim hielt die Vorlegung der im Art. 1, wie er von dem Referenten amputiert worden ist, verlangten Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1862—65 für nothwendig, damit die Erteilung der Indemnität sich auf eine prüfbare und übersehbare Grundlage stütze.

Finanzminister v. d. Heydt erklärte sich mit dem Amendment des Referenten, das wie gestern in seinem Wortlaut mitgetheilt haben, einverstanden und auch bereit, die Vorlagen zu machen, welche der Abg. Krieger (Berlin) entweder in Form von Ueberfällen für die Mitglieder der Budgetcommission, oder durch Gewährung der Einsicht in die Acten für eine besondere Commission von 3—5 Mitgliedern verlangte.

Auf die Bemerkung des Abg. v. Hoberbeck, daß vergleichende Uebersichten ungenügend sein würden, erwiderte der Reg.-Commissar Möller, daß die Uebersichten nur die Zahlen der bereits gemachten Ausgaben enthielten, spezielle Nachweise aber erst bei Prüfung der Jahresrechnungen Beibes der Erteilung der Decharge gegeben würden. Von der Spezialisierung der Zahlen zum Zwecke der Indemnitätserteilung, sollte auch nach der Meinung des Reg.-Commissar Wollny Abstand genommen werden.

Abg. Dunder erklärte sich ebenfalls für die Erteilung der Indemnität, wollte aber ein wirtliches Entgegenkommen der Regierung nur in dem Erlaß eines Minister-Berantwortschafts-Gesetzes und in der offenen Darlegung der zukünftigen Heeresversorgung sehen.

Abg. Schmid (Randow) beantragte Vorlegung des Etats für das Jahr 1868 noch in diesem Jahre, welchen Wunsch der Finanzminister jedoch als unerfüllbar bezeichnete.

In Bezug auf die Feststellung des nächsten Etatsgesetzes vor Eintritt des neuen Etatsjahrs, erklärte der Herr Finanzminister, daß er diezeit so eifrig als möglich betreibe, den Termin der Vorlage in diesem Herbst aber noch nicht genau bestimmen könne, weil sich im Augenblick noch nicht die Einwirkung der Amerikaner auf unser Budget und der Ueberschuss überleben lässe, dr. aus den annexirten Ländern in die preußische Staatskasse abgeführt würde.

Bei der Abstimmung wurde das Amendment Hoberbeck verworfen und das der Referenten Twesten mit 18 gegen 15 Stimmen angenommen. In dieser Minorität befanden sich außer den 8 Stimmen, welche für das erste Amendment abgegeben wurden, auch solche Mitglieder, welche die Rücksichtnahme der Indemnität befürchteten, wenn, wie Twesten beantragt hatte, die Anlagen und Uebersichten aus den Jahren 1862—1865 vorgelegt würden.

In Betreff des Art. 2 der Vorlage, Bewilligung des Credits von 154 Mill. für das Jahr 1866, erklärten sich beide Referenten, die Abg. v. Hoberbeck und v. Kölker, in gleicher Weise zustimmend. Zu diesem Artikel brachte der Abg. Birchow zwei Amendments ein: Das erste sollte es ausdrücklich aussprechen, daß die Regierung durch den gewährten Credit nicht ermächtigt sei, neue Stellen in der Civil- und Militärverwaltung zu schaffen.

Finanzminister v. d. Heydt war mit dem Inhalt dieser Verwahrung einverstanden, aber nicht mit ihrer Aufnahme in den Gesetzentwurf, weil es selbstverständlich sei, daß mit dem bewilligten Credit nicht definierte Einrichtungen geschaffen werden dürften.

Dies erste Amendment wurde abgelehnt. Das zweite Amendment des Abg. Birchow, „Die Regierung ist verpflichtet, die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben pro 1866 im Laufe des Jahres 1867 dem Landtag vorzulegen“, wurde, nachdem der Finanzminister sich mit ihm durchaus einverstanden erklärte, angenommen, und an die Regierungsvorlage angeschlossen.

Im Laufe dieser Discussion hatte der Abg. v. Kleinsorgen eine Erklärung der Regierung über das Minister-Berantwortschafts-Gesetz verlangt. Finanzminister v. d. Heydt: „Wenn meine Erklärungen noch nicht befriedigen, so verzichte ich überhaupt darauf, die Abgeordneten zufrieden zu stellen.“

Nachdem alsdann der zweite Artikel der Vorlage, betreffend den Credit von 154 Millionen, mit dem Zusatz-Antrage Birchows mit 28 gegen 3 Stimmen angenommen war, wird schließlich der ganze Gesetzentwurf mit den Amendments von Twesten (für Artikel 1) und von Birchow (für Artikel 2) mit 25 gegen 8 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. O. K. C. [Commission für das Reichswahlgesetz.] Heute Vormittag 10 Uhr fand die zweite Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses für die Feststellung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes statt.

Die Staatsregierung war vertreten durch den Geheimen Legations-Rath Heydt und den Abg. Grafen Eulenburg, Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern.

Bevor in die Specialdiscusion eingetreten wurde, schlug der Referent Abg. Twesten vor, einen besonderen Paragraphen hinzuzufügen, durch welchen der zu beruhenden Versammlung das Recht, sich selbst zu konstituieren, sich eine Geschäfts-Ordnung zu geben und die Wahlen der Mitglieder zu prüfen, eingeräumt würde. Außerdem beantragte er, durch einen anderen hinzuzufügenden Paragraphen den Abgeordneten des Reichstags dieselbe Rechtsfähigkeit für die Ausübung ihrer Pflichten zu geben, welche nach der preußischen Verfassung die Mitglieder des Landtages genießen, also die gesetzliche Gewährleistung der Rebedfreiheit.

Abg. Lette schlug vor, die Paragraphen des preußischen Strafgesetzes, in welchen Strafen für Wahlfälschung, Bestechung &c. angedroht sind, in das vorliegende Gesetz an derjenigen Stelle aufzunehmen, an welcher diese Strafsbestimmungen im Reichswahlgesetz sich befinden. — Er legte außerdem einen Plan für Bildung der Wahlbezirke vor.

Abg. Löwe wünschte, daß man, dem Beispiele der Regierung folgend, sich aller Aenderungen an dem vorliegenden Gesetze, die nicht absolut geboten wären, enthalten möchte, weil man sich damit von dem in den anderen Bundesstaaten geltenden Gesetze entfernen würde. Eine solche Aenderung wäre aber der vom Referenten über die Rebedfreiheit beantragte Zusatz; die betr. Bestimmung wäre allerdings in der Reichsverfassung enthalten, die Commission habe aber hier nur das Wahlgesetz ohne die Verfassung zu beraten. Abg. Löwe bemerkte ferner, daß das ursprüngliche Reichswahlgesetz einen Anhang in Betreff der Diäten enthalte, und stellte an den Regierung-Commissar die Frage, ob die Regierung sich mit einer solchen Bestimmung beschäftigt habe. Im Prinzip sei er dafür, wenn er auch für eine Versammlung ad hoc kein besonderes Gewicht darauf lege.

Der Regierung-Commissar erklärte, daß die Regierung weitere Bestimmungen in das Gesetz nicht aufnehmen könne, weil sie mit den anderen Regierungen den Vertrag geschlossen habe, das Reichswahlgesetz zu Grunde zu legen.

Gegen diese Beschränkung für die Absaffung des Gesetzes erklärten sich die Abg. John (Lobau) und Frech.

Der Regierung-Commissar erklärte hierauf, daß er damit nur den Standpunkt habe anzutreten wollen, von dem aus die Regierung die Redaktion dieser Vorlage besorgt habe.

Abg. Paul verlangte, daß hinzugefügt werden solle, daß die Reichsverfassung den Beratungen der Versammlung zu Grunde gelegt werde. — Als Ueberschrift wünscht er: „Wahlgesetz zu dem für die Revision der deutschen Reichsverfassung berufenen Reichstag des norddeutschen Bundes!“

Bei der Specialdiscusion stellte der Abg. Lette zu § 1 des Entwurfes das Amendment, statt: „Wähler ist jeder unbefohltene Preuß“ zu sagen: „Wähler ist jeder unbefohltene Deutsche.“

Abg. Löwe stimmte im Prinzip zu, schlug aber eine correctere Fassung vor, nämlich statt „Preuß“ resp. „Deutsch“ zu sagen: „jeder Staatsbürger eines der zum Bunde zusammentretenden Staaten.“

In demselben Sinne stellte der Abg. Grotte ein Amendment. Der Regier.-Commissar und der Abg. Reichenberger erklären sich dagegen.

Der § 1 wurde darauf mit dem Amendment Löwe angenommen; die §§ 2 und 3 des Entwurfes wurden unverändert angenommen.

Endo wurde § 4 mit einem Amendment, das mit dem zum § 1 gestellten gleichlautet, und die passive Wahlbarkeit in derselben Weise ausdehnt, wie dort die active, angenommen.

Um 2 Uhr wurde sodann die Sitzung auf Montag veragt.

(O. K. C.) [Die Annexionsen.] Heute Abend 6 Uhr findet die erste Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Gesetzentwurzes, betreffend die Einführung des Königreichs Hannover u. mit der preußischen Monarchie statt.

Der Commission des Abgeordnetenhauses für das Reichstagsgesetz liegt folgende Zusammenstellung vor: Nach der Zählung vom 3. Dezember 1864 stellte sich die Gesamtbevölkerung der nachbenannten deutschen Staaten und resp. Landesteile derselben wie folgt: 1. Königreich Preußen: Provinz Preußen 3,014,595, Provinz Posen 1,523,729, Provinz Pommern 1,437,375, Provinz Schlesien 3,510,706, Provinz Brandenburg 2,616,583, Provinz Sachsen 2,043,975, Provinz Westfalen 1,666,581, Provinz Rheinland 3,346,195, Reg.-Bez. Sigmaringen 64,958, Jadegebiet 1573, Militär außerhalb des Staats 28,869, im Ganzen 19,255,139; Lauenburg 49,704; Totalsumme 19,204,843. 2. Königreich Hannover 1,923,492, 3. Schleswig 403,486, Holstein 554,510, zusammen 960,996. 4. Kurfürstenthum Hessen 745,063, 5. Herzogthum Nassau 468,311, 6. Provinz Oberhessen (Hessen-Darmstadt) 28,484, 7. Frankfurt a. M. 91,180, 8. Landgrafschaft Hessen-Homburg (Hessen-Darmstadt) 27,374.

1. Königreich Preußen, einschließlich der zu annexirenden Länder 23,810,743, 2. Königreich Sachsen 2,343,994, 3. Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin 552,612 (Zählung 1864), 4. Großherzogthum Oldenburg 301,812, 5. Herzogthum Braunschweig 293,338, 6. Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach 280,201, 7. Hamburg 229,941 (Zähl. 1860), 8. Herzogthum Anhalt 193,946, 9. Herzogthum Sachsen-Meiningen 178,065, 10. Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha 164,527, 11. Herzogthum Sachsen-Altenburg 141,839, 12. Fürstenthum Lippe-Detmold 111,336, 13. Bremen 104,091, 14. Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz 99,060 (Zähl. 1860), 15. Fürstenthum Reuß, jüngere Linie, 86,472, 16. Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt 73,752, 17. Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen 66,189, 18. Fürstenthum Walde 59,143, 19. Lippe 50,614 (Zähl. 1862), 20. Fürstenthum Reuß, ältere Linie, 43,924, 43,924, 21. Fürstenthum Schaumburg-Lippe 31,782. — Die Staaten des norddeutschen Bundes insgesamt 29,216,531. — Die Rheinpfalz hatte nach der Zählung vom 3. Dezember 1864 625,157, Ober-Franken (Bayreuth) 527,647 und Mittel-Franken 562,826 Einwohner. (N. A. Z.)

** Berlin, 22. August. [Aus den Fractionen.] — Die Annexionscommission. Die Fortschrittspartei nahm gestern Abend mit großer Majorität den aus den Beratungen der Adresscommission hervorgegangenen Entwurf an. Da aber die Polen, von denen man erwartet hatte, sie würden sich der Abstimmung enthalten, erklärten, gegen jede Adresse zu stimmen, die nicht ihr Amendment enthielte, war jede Aussicht auf eine Majorität für den Commissionsentwurf geschwunden. Fortschrittsversuch versuchte deshalb eine Verständigung mit den Altkonservativen, welche eine Einleitung zu dem Adressentwurf verlangten, in welcher für die göttliche Gnade gedankt und die Ergebung des Haues in den Willen Gottes ausgedrückt werde. Ferner sollte der Schlussatz in dem Passus über die Indemnität (dass vom Abgeordnetenhaus gestrichene Ausgaben nicht unter Berufung auf das Staatswohl geleistet werden dürfen) und der Passus über die Reichsverfassung wegfallen. Um das Zustandekommen einer Adresse zu ermöglichen, haben heute Abend Fortschrittspartei und linkes Centrum dem Vorschlag der Altkonservativen zugestimmt. Die Zustimmung der Conservativen ist wahrscheinlich, so daß morgen der Adressentwurf ohne Debatte angenommen wird. Nur Birchow wird sprechen — und ein Pole. Denn die Polen bestehen auf ihrem Amendment und werden es verteidigen. — Über die heut Abend stattgehabte Sitzung der Annexions-Commission nur einige Andeutungen. Es sprachen Schulze-Delitzsch und Schwerin, welche die Frage: ob Personal-Union, ob Annexion, offen lassen, und den Ausdruck „Vereinigung mit Preußen“ für das Verhältnis der zu annexirenden Länder gebrauchen wollten. Dagegen sprach sich Kirchmann mit Entschiedenheit aus. Ein von ihm eingebautes Amendment verlangt sofortige Real-Union, Ausdehnung des preußischen Verfassungsrechtes auf die erworbenen Länder, dagegen Beibehaltung der Specialgesetze bis zu ihrer Aufhebung auf gesetzlichem Wege. In ausführlichem Vortrage legte Kirchmann die Gefahren der Personal-Union dar. Bismarck erkannte diese Gefahren an, teilte mit, daß einige Minister für die sofortige Real-Union gestimmt hätten, und zeigte sich dem Kirchmann'schen Vorschlag nicht abgeneigt. Die Beratungen werden wahrscheinlich morgen fortgesetzt.

[Ministerielles.] Im Abgeordnetenhaus circulierte heute das Gedächtnis einer Neubesetzung der Ministerien des Innern und der Justiz. Als Nachfolger des Grafen Eulenburg wurde in sehr bestimmter Weise Herr v. Roggenbach bezeichnet.

[Die von Neuem angeordnete Nachmusterung der Grabs-Reserven] aus den Jahrgängen 1835 bis 1843 hat nach der „Kreuz-Ztg.“ vorläufig kein anderen Zweck, als nur überhaupt die Frage der Diensttauglichkeit der einzelnen Leute für einen künftig etwa eintretenden Fall des Bedarfs festzustellen. Von einem Eintritt der als tauglich erachteten in die Armee, so wie von einer Überweisung derselben an einen bestimmten Truppenteil ist bis jetzt eben so wenig die Rede, als eine Bestimmung über die Dauer der Dienstzeit getroffen.

[Gegen den Abg. Dr. Johann Jacoby] ist eine neue Anklage wegen Ministerbeleidigung erhoben worden, welche in der durch ihn veranlaßten bekannten Königberger Resolution über den Krieg und die deutsche Frage enthalten sein soll. Zum 13. September ist Jacobi nach Königsberg zur Verhandlung darüber beschieden.

[U. Ruge's „Offener Brief.“] Die Verlags-Buchhandlung von Otto Meissner in Hamburg hat von U. Ruge's (auch von der „Bresl. Ztg.“ mitgetheilten) offenem Briefe 10,000 Exemplare abziehen lassen unter dem Titel: „Manifest an die deutsche Nation, von U. Ruge“ und hatte am 6. August 100,000 Bestellungen. Herr Meissner schreibt am 13. August an Ruge: „Ganz Deutschland stürmt mir das Haus nach Manifesten“. Dies deutet für das zunehmende Interesse am „Einheitsstaat“, den U. Ruge schon am 23. Juni, also vor den Erfolgen in Böhmen, als das Ziel des Krieges und als die Aufgabe der Nation und des Parlamentes hinstellte.

Tagen abgeschlossen; mit Bayern und Hessen-Darmstadt ist zwischen eine Einigung erfolgt. Bayern tritt an Preußen einige Landstriche ab, welche zur Abrundung des südlichen Gebiets des bisherigen Kurfürstenthums Hessen erforderlich sind; Darmstadt die frühere Landgrafschaft Hessen-Homburg und das ausschließliche Belagerungsrecht der bisherigen Bundesfestung Mainz, während die Provinz Oberhessen in den militärischen und politischen Verband des norddeutschen Bundes tritt. Sämtliche Staaten zahlen Kriegskosten an Preußen. Bayern dreißig Millionen Gulden, Württemberg acht Millionen und so weiter.

Die preußische Regierung hat sich bei den gesammten Friedensverhandlungen lediglich von großen politischen Gesichtspunkten, nicht von Beweggründen kleinerer Vergeltung oder bloßer Ländersucht leiten lassen.

Ihre Hauptaufgabe war die Schöpfung eines kräftigen norddeutschen Bundes und in demselben eines starken und fest zusammenhängenden preußischen Kerns. Deshalb mußten in Norddeutschland alle anderweitigen Rückstüten zurücktreten. Was Süddeutschland betrifft, so ging die Regierung davon aus, daß dort die Erwerbung eines größeren oder geringeren Landstrichs nicht ins Gewicht fallen kann, gegenüber dem großen nationalen Interesse der sofortigen Anbahnung günstiger Beziehungen zwischen Preußen und dem deutschen Süden. Dieser Gesichtspunkt und die darauf begründete mildere Behandlung der süddeutschen Staaten haben auf Seiten derselben die volle Würdigung gefunden, und es ist zuversichtlich anzunehmen, daß die Friedensverhandlungen dazu dienen haben, hoffnungsvolle Anknüpfungen zwischen dem Norden und Süden Deutschlands zu begründen und dadurch ein neues Unterfang für eine heilsame nationale Entwicklung Gesamtdeutschlands zu gewähren.

[Der Adjutant des Kurfürsten von Hessen-Kassel Major v. Schwegel] hat Sr. Maj. dem Könige ein Schreiben überbracht. Demselben wurde angegedeutet, daß sobald eine Antwort erforderlich sein sollte, diese ihm zugehen würde. Heute wurde der Adjutant vom Ministerpräsidenten Grafen Bismarck empfangen.

[Dr. Schramm] welcher im Frühjahr sich nach Mailand begab, um dort als preußischer Consul zu fungieren, befindet sich seit einigen Tagen wieder in Berlin.

[Die handelspolitischen Beziehungen zu Mecklenburg.] Sicherer Vernehmen nach ist dem großherzoglich mecklenburgischen Minister Herrn v. Dergen hier die Eröffnung gemacht worden, daß Mecklenburg in seiner handelspolitischen Abgeschlossenheit unmöglich ferner verharren könne, und Maßnahmen getroffen werden müßten, um den Anschluß an das Verkehrssystem des künftigen norddeutschen Bundes nicht zu lange hinauszuschieben. Da das mit Hilfe der gegenwärtigen Einrichtungen der Großherzogthümer schwerlich zu erreichen sei, wird denn auch wohl bald auf eine gründliche Umgestaltung der mecklenburgischen Verfassungseinrichtungen Bedacht genommen werden müssen. Herrn v. Dergen soll das alles unausführbar und unmöglich erscheinen, doch soll er bedeutet worden sein, daß noch ganz andere unmögliche Dinge möglich gemacht werden sind.

[Ministerielles.] Im Abgeordnetenhaus circulierte heute das Gedächtnis einer Neubesetzung der Ministerien des Inn

schluß sämtlicher deutschen Staaten an Preußen. Dieser Anschluß ist zu verwirlichen in einem Bundesstaat, in welchem die diplomatische und militärische Führung Preußens übertragen ist, die Freiheitsrechte des Volks im Parlament gesichert sind. 2) Die Beschränkung dieses Bundesstaats auf die nördlich vom Main liegenden Staaten, wodurch wir vom Parlament und der gemeinsamen Gesetzgebung ausgeschlossen sind, widerstrebt den nationalen, politischen und volkswirtschaftlichen Interessen des deutschen Volks für jetzt und immer. Wir protestieren gegen die Trennung Deutschlands durch die Main-Linie, gegen jeden Versuch, die süddeutschen Staaten zu einem eigenen politischen Organismus zusammenzuschließen, der leicht zu einem Gegenstück gegen den Norden sich entwickeln würde, für die Freiheit keine Garantie böte, und dem Auslande nur ein willkommenes Feld seiner Einfüsse und Interessen wäre. In der That ist diese Trennung nur eine Forderung des Auslandes, welches darin durch die Befreiungen der particularistischen Elemente unterstellt wird. 3) Läßt sich aber der Eintritt auch Süddeutschlands in den Bundesstaat nicht in diesem Augenblick verwirklichen, so erwächst für uns um so mehr die Aufgabe, allem Demokratischen entgegenzutreten, was die vorläufige Trennung zu einer definitiven machen könnte, dagegen diejenigen nationalen Beziehungen zu pflegen und zu entwickeln, die uns schon jetzt als gemeinsame bleiben, und dadurch dem völkigen Anschluß vorzuarbeiten. Vor Allem wird die Regierung darauf bedacht sein müssen, daß das Band des deutschen Volkserbes erhalten werde, und daß schon jetzt eine Verständigung mit Preußen über eine gemeinsame Organisation des Heereswesens erfolgt. 4) Diese Forderung rechtfertigt sich einmal durch die Erfahrungen des letzten Krieges, in welchem die Tapferkeit unserer Soldaten scheiterte an den Mängeln in der Organisation und Überleitung, so rechtfertigt sich mehr noch durch die Gefahren, welche von Seiten eines eifersüchtigen und begehrlichen Nachbars den deutschen Grenzen drohen. Ein Angriff von außen, gerichtet gegen die Integrität des deutschen Gebiets, muß die Heere Deutschlands in einer Erfolg versprechenden Organisation und unter einer Fahne finden.

Hanau, 20. August. [Preußische Truppen.] Heute um die Mittagszeit rückte das zweite Bataillon des 25. preußischen Infanterie-Regiments hier ein, um einzquartiert zu werden. Die Leute kommen aus Gelnhausen und anderen bei Gelnhausen gelegenen Ortschaften. Unterwegs aber erhielt eine Compagnie dieses Bataillons Befehl, umzukehren und nach Würzburg zu marschieren. Bayerische Bauern sollen dort die Telegraphenstangen niedrigerissen, preußische Telegraphenbeamten, die mit Herstellung der Telegrafen von hier nach Fulda beschäftigt waren, mißhandelt und anderen Unfug getrieben haben. So wenigstens geht die Fama, die übrigens auch schon von erfolgten Tötungen wissen will, aber höchstlich in gewohnter Weise übertrieben. Uebrigens sollen drei bayerische Bauern bereits als Gefangene hier eingekreist sein.

Wiesbaden, 20. Aug. [Die schwarz-weiße Fahne.] Sitte heute Morgen steht auf dem Ministerialpalast die schwarz-weiße Fahne, und auf den übrigen öffentlichen Gebäuden wird dieselbe dieser Tage ausgefegt.

Aus Holstein, 21. August. [Erklärung Lesser's.] — Die schleswig-holsteinischen Vertrauensmänner. — Bevorstehende Rückkehr preuß. Truppen.] Der frühere holsteinische Regierungs-Präsident Lesser erklärt das Gerücht für erfunden, nach welchem er sich veranlaßt gesehen haben sollte, namens vieler Beamten in den Herzogtümern bei dem Herzog Friedrich von Augustenburg beantragt zu haben, sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihres seiner Zeit geleisteten Huldigungseides zu entbinden. — Die gestern in Altona versammelten schleswig-holsteinischen Patrioten waren überwiegend Angehörige der streng augustenburgischen Richtung. Außer verhältnismäßig zahlreichen Repräsentanten der beiden westholsteinischen Landschaften Norder- und Sider-Dithmarschen waren an hervorragenderen Persönlichkeiten zur Stelle: als Schleswiger: Dr. Heberg, Hofbeamter Hanßen Grumbke und Amtmann a. D. Thomsen-Oldenswort; als Holsteiner: die Grafen Luckner-Schulenburg und Baudissin-Friedrichshof. — Für mehrere Städte Nord-Schleswigs ist in diesen Tagen stärkere preußische Einquartierung angemeldet worden. Sämtliche vor dem Ausbruche des Krieges in Schleswig-Holstein garnisonirende preußische Truppenkörper werden zurückverlegt.

Österreich.

Karlsbad, 21. August. [Ein königliches Telegramm an den General Falkenstein] weist denselben an, seine Truppen bei Dislocirung derselben nach Karlsbad zu legen.

Italien.

Florenz, 17. August. [Zu den Friedens-Verhandlungen.] Man ist hier jetzt in einer sehr misstrauischen Stimmung, sowohl gegen Preußen wie gegen Frankreich, und so ziemlich gegen die ganze Welt; am meisten Ursache zur Beschwörung dürfte man vielleicht gegen Frankreich haben, seit der Kaiser in Folge seines Unwohlseins Hrn. Drouyn de Lhuys ziemlich frei Hand gelassen. Dieser Minister ist bekanntlich kein Freund eines selbständigen Italiens. Ihm wird es hauptsächlich zugeschrieben, daß die Friedensverhandlungen in Paris und unter Vermittelung Frankreichs stattfinden, obwohl das wiener Cabinet nicht abgeneigt gewesen wäre, sich direkt mit Italien zu verständigen. Der französische Minister will Italien zwingen, Venetien nun doch aus der Hand des Kaisers Napoleon zu nehmen; zu dem Zwecke will er die am 4. Juli mit Österreich vereinbarte Tasse jetzt in aller Form bestätigen lassen und das Weitere dann mit Italien allein feststellen. Hoffentlich wird der Kaiser, zumal nach den vom Prinzen Napoleon hier gegebenen Versicherungen, nicht so weit gehen, als ihn sein Minister treiben will. Auch heißt es bereits, daß er in seinem neuen Briefe an Victor Emanuel das Königliche Venetien zur Verfügung stelle.

[Ministerielles.] Ricasoli's Beziehungen zu den Linken gestalten sich immer besser, je näher der Termin der September-Convention herankommt. Der neue Kriegsminister, General Cugia, war Marineminister im Cabinet Minghetti. — Die Deputirten der gemäßigten Fraktionen wollen sich nun ebenfalls zu einer Besprechung, und zwar in Florenz, versammeln. (K. B.)

Frankreich.

Paris, 20. Aug. [Über den Besuch des Kaisers Napoleon bei der Kaiserin Charlotte] schreibt man der „K. Ztg.“: Der Kaiser stellte, wie heute der „Moniteur“ meldet, der Kaiserin von Mexico gestern einen Besuch ab. Er begab sich dieserhalb um 8 Uhr nach dem Grand Hotel, wo die Kaiserin ihre Residenz aufgeschlagen hat. Das Gefolge des Kaisers war in großer Gala, der Kaiser selbst in Civilkleidung, nur trug er den Grossordens des mexicanischen Ordens. Das Zusammentreffen der beiden Majestäten war ein sehr herzliches, ungezwungenes, und beim Abschiede gab die Kaiserin dem Kaiser das Geleite bis in den Hof. Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Hotel versammelt, und der Kaiser wurde von denselben mit vieler Sympathie begrüßt. Das Aufsehen und Aufstehen des Kaisers hatte gerade nichts Krankes, nur fiel es auf, daß er gelb auslief. Auch schien ihm die ganze Ceremonie nicht sehr gut bekommen zu sein; denn er soll nach seiner Rückkehr nach St. Cloud sehr angegriffen gewesen sein.

[Zur Annexion von Hannover.] Hier wird erzählt, der König und die Königin von Hannover haben sich in der letzten Zeit an verschiedene auswärtige Cabarette gewandt; König Georg soll unter Anderem hier darauf hingewirkt haben, die französische Regierung möge darauf bestehen, daß das allgemeine Stimmrecht in seinem Lande befragt werde, und die Königin von Hannover soll an eine gekrönte Dame geschrieben haben, sie werde ihr Reich nicht verlassen, als bis man sie mit Gewalt fortsetze. Directe Berichte, welche die französische Regierung aus Hannover bekommt, sollen dahin lauten, die Bevölkerung

werde sich nicht ungern in die neue Lage finden. Auch die Erforschungen, welche die englische Regierung anstellte, laufen ganz eben so.

Dänemark.

+ Kopenhagen, 20. Aug. [Schleswigsches.] — Dänische Offiziere nach Böhmen. — [Todesfall.] „Faedrelandet“ erfährt aus Schleswig und zwar nach einer Quelle, die es auf mündliche Neuheuerungen des Freiherrn v. Leditz zurückführt, daß die Leistung des Huldigungseides an den König von Preußen für Schleswig-Holstein unmittelbar bevorstehe. — Das dänische Kriegsministerium hat die Infanterie-Hauptleute Vaupel und Wilmann (letzterer ist geb. Schleswiger und früherer schlesw.-holst. Offizier) nach Böhmen beordert, damit sie über die von den Preußen und Österreichern beobachtete Kriegsführung einen zuverlässigen Bericht erstatten. Gleichzeitig studirt der General-Intendant der Armee, v. Schmidt, das preußische Intendanturwesen. — Der durch die Beschreibung der Weltumsegelungsfahrt der dänischen Segelcorvette „Galathea“ bekannte holsteinische Arzt, Dr. v. Rosen, ist in Dänisch-Westindien mit Tode abgegangen.

* [Alarmerung der Feuerwehr.] In Folge telegraphischer Meldung von der Station Nr. 42 rückte gestern Abend 9 Uhr die Hauptfeuerwache und die Nicolaihorfeuerwache nach dem Hause Gartenstraße Nr. 14. Hier ergaben die vorgenommenen Ermittlungen, daß eine wirkliche Feuergefahr nicht vorhanden war, jedoch wollten Vorübergehende Rauch und Funken auf dem Dache gesehen haben und waren dadurch veranlaßt worden, die Feuerwehr zu reagieren.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 23. August. In der Commission für die Annexionsvorlage war Graf Bismarck anwesend. Kirchmann, Schwerin und Bodkin-Dolfs stellten Amendements, welche die Personalunion in sofortige Neutralunion zu verwandeln bezeichnen.

Bismarck, die Gründe des Regierungsverfahrens darlegend, äußert sich zustimmend, vorspricht mit dem Staatsministerium über die Commissionsvorschläge in Berathung zu treten. Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Die Adress-Angelegenheit betreffend, ist durch die Vermittelung Borkenbeck's ein neuer Adressentwurf zu Stande gekommen, worin theils Weglassungen, theils die Aufnahme eines Passus aus dem altliberalen Entwurf, theils neue Zusätze vorkommen. Derselbe hat morgen Aussicht auf Annahme. Die Commission hat versprochen, ihren Entwurf zurückzuziehen; alle Fraktionen, ausgenommen die Katholiken und Polen, wollen ohne Debatte dafür stimmen. Vergl. unsere Privat-Depesche im heutigen Morgenblatt und die obige berliner ***Correspondenz. D. Red.) (Wolffs L. B.)

Berlin, 23. Aug. Der neue Adressentwurf enthält außer einigen unwichtigen Änderungen der 6 ersten Alinea im Alinea 7 folgende Änderungen: Durchdrungen von dem Gefühl der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland, bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwicklung derselben. Wir können uns zwar der Erkenntnis nicht verschließen, daß demselben noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß mit der Konstituierung des norddeutschen Bundes bis zur Beseitigung derselben gewarnt werden kann. Aber tief durchdrungen von der Nothwendigkeit eines nationalen Bandes zwischen dem Norden und Süden des deutschen Vaterlandes, hoffen wir zuversichtlich, daß dasselbe in nicht allzuferner Zukunft geschlossen werden wird, namentlich dann, wenn die deutschen Stämme im Süden die schon jetzt in weiteren Kreisen vorhandene Gefahr der Zerreißung Deutschlands erkennen und dem Bedürfnis einer nationalen festen Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben. Königliche Majestät! In allen großen Tagen unserer preußischen Geschichte hat zu dem Geist und der Kraft seiner Fürsten sich das Volk in Aufopferung und Hingabe gefestigt. So soll es auch ferner unter uns bleiben und wer möchte dann gegen uns sein? In tiefster Erfurcht re.

(Wolffs L. B.)

Berlin, 23. Aug. Der neue Adressentwurf enthält außer einigen unwichtigen Änderungen der 6 ersten Alinea im Alinea 7 folgende Änderungen: Durchdrungen von dem Gefühl der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland, bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwicklung derselben. Wir können uns zwar der Erkenntnis nicht verschließen, daß demselben noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß mit der Konstituierung des norddeutschen Bundes bis zur Beseitigung derselben gewarnt werden kann. Aber tief durchdrungen von der Nothwendigkeit eines nationalen Bandes zwischen dem Norden und Süden des deutschen Vaterlandes, hoffen wir zuversichtlich, daß dasselbe in nicht allzuferner Zukunft geschlossen werden wird, namentlich dann, wenn die deutschen Stämme im Süden die schon jetzt in weiteren Kreisen vorhandene Gefahr der Zerreißung Deutschlands erkennen und dem Bedürfnis einer nationalen festen Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben. Königliche Majestät! In allen großen Tagen unserer preußischen Geschichte hat zu dem Geist und der Kraft seiner Fürsten sich das Volk in Aufopferung und Hingabe gefestigt. So soll es auch ferner unter uns bleiben und wer möchte dann gegen uns sein? In tiefster Erfurcht re.

(Wolffs L. B.)

Berlin, 23. Aug. Der Stadtverordneten-Versammlung geht die Vorlage des Magistrats über die Truppeneinhaltung zu: Festliche Speisung am Einzugstage, künstlerische Ausschmückung, Illumination der Einzugstraße, Theilnahme der Gewerke und der Schuljugend an der Einholung. Gleichzeitig beantragt die Vorlage: Ausschmückung der Rathauswände mit Kriegsszenen und Errichtung eines Denkmals auf einem öffentlichen Platze, Grundsteinlegung am königgräziger Jahrestage 1867, Ausführung des zum Andenken der Freiheitskriege entworfenen Schindel-schen Brunnens durch Bewilligung von 50,000 Thlr., Invalidenversorgung, wie die der Freiheitskriegs-Invaliden.

(Wolffs L. B.)

Prag, 22. Aug. Bis zum 15. September soll die gänzliche Mäunung Böhmens von preußischen Truppen erfolgen. Der Bau der Eisenbahn von Wildenschedt über Schwadov nach Glaz soll späteren Vereinbarungen vorbehalten bleiben. (Wolffs L. B.)

Berlin, 22. Aug. Der Kaiser präsidirte heute einem Ministerrat in St. Cloud. Die Kaiserin Eugenie machte der Kaiserin Charlotte im Laufe des Tages einen Besuch. Die Letztere wird, wie versichert wird, morgen nach Miramare abreisen. Die „Patrie“ erklärt, bei Berichtigung mehrerer Zeitungsgerüchte, daß der Kaiser Napoleon Venetien direct an Italien abtreten wird. Demselben Blatte zufolge ist Mazzini in Lugano eingetroffen.

Nachrichten aus Athen vom 18. d. melden: Die Insurgenten in Candia, 25,000 an Zahl, haben wichtige Positionen in Besitz. Die Erbitterung gegen die Türken, welche nicht genügende Kräfte zu haben scheinen, um die Empörung niederzudrücken, hat den höchsten Grad erreicht.

[Breslauer Börse vom 23. August.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch-Papiere 74% bez. Österreich-Bantone 79% bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 93%—92% bez. und Gd. Schles. Pfandbriefe 88% bez. Österreich. Nationalehre 50%—5% Br. Freiburger 137 Br. Neisse-Brieger —. Oberschles. Litt. A. u. C. 167% Br. Wilhelmsbahnhof 52% Br. Oppeln-Tarnowitz 75% bez. Österreich. Creditbank-Aktion 56% Br. Schles. Bank-Briefe 111 Br. 1860er Loosse 59% Br. Amerikaner 74%—7% bez. Warschau-Wien 60 bez. u. Br. Minerva 35 Br.

Breslau, 23. August. Preise der Cerealen.

Feststellungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen. fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 80—85 75 66—70 Roggen, neuer 52—53 51 48—50 do. gelber 77—81 75 66—70 Gerste 44—46 43 40—42 do. erwachsener 55 54 — Hafer 29—30 28 25—27 Roggen, alter 55 54 — Erbsen 60—62 56 50—53

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpräise von Raps und Rüben.

Raps 202 192 182 pr. 150 Pfd. Brutto in Gs.

Winterrüben 184 174 164 pr. 150 Pfd. Brutto in Gs.

Sommerrüben — — pr. 150 Pfd. Brutto in Gs.

Dotter — — pr. 150 Pfd. Brutto in Gs.

Loco-(Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Trailles 14% Br. pr. 14 Gs.

Offiziell gefündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. 500 Ctr. Hafer.

— Ctr. Rüben. — Ctr. Leinöl. 20,000 Ort. Spiritus.

Telegraphische Course und Börse-Nachrichten.

Paris, 22. August, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente begann zu 69, 10 und schloß bei nur geringem Geschäft in unbeliebter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88% gemeldet. Schluß-Course: 3 proc. Rente 69, 02%. Italien. 5 proc. Rente 53, 35. 3 proc. Spanier —. 1 proc. Spanier —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktion 355, 00. Credit-Mob. Aktien 642, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktion 396, 00. Österreich. Anleihe von 1865 pr. opt. 305, 00.

London, 22. August, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 88½. Ivorocien Spanier 32. Sardinier —. Mexikaner 16. 5 proc. Russen 88. Neue Russen 87½. Silber —. Türk. Anleihe 1865 25%. 5 proc. Sproc. Verein-Staaten-Anl. pr. 1828 69%.

Aus New York vom 21. Abends wird gemeldet: Wechselcours auf London 157½, Golddag 47½, Bonds 110%.

Wien, 21. Aug. [Schluß-Course] 5 proc. Metall. 57, 75. 1854er Loosse 69, 00. Banftafft 700, 00. Nordbahn 158, 00. National-Anleihe 63, 50. Credit-Aktion 142, 90. Staats-Eisenbahn-Aktion 178, 10. Galizier 192, 00. London 129, 00. Hamburg 95, 50. Paris 51, 10. Böh. Weißbahn 141, 50. Credit-Losse 110, 50. 1860er Loosse 74, 00. Lombard. Eisenbahn 194, 10. 1862er Loosse 65, 00. Silber-Anleihe 72, —. Stil bei trager Haltung.

Frankfurt a. M., 22. Aug., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse fest. Amerikaner beliebt, lebhaftes Geschäft. Schluß-Course: Wiener Wechel 92%. Finn. Finn. Pfandbriefe —. 6% Verein. Et. Anleihe —. Neue 4½% Finn. Pfandbriefe —. 6% Verein. Et. Anleihe pro 1882 72%. Österreich. Bankantheile 653. Österreich. Credit-Aktion 131½. Darmst. Bank-Aktion —. Österreich. Franz.-Staats-Eisenbahn-Aktion —. Österreich. Elisabeth-Bahn —. Böhmisches Weißbahn —. Rhein-Nababahn —. Ludwigsbahn —. Westbahn 146. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Bettelbank —. 1854er Loosse 54. 1860er Loosse 58%. 1864er Loosse 62. Österreich. National-Anleihe 49%. 5% Metalliques 46. 4½% Metalliques 38%.

Hamburg, 22. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse war ruhig flau, nur Amerikaner gefragt. Valuten matter. — Schluß-Course: National-Anleihe 49%. Österreich. Credit-Aktion 55. Österreich. 1860er Loosse 57%. Mexikaner —. Vereinsbank 10%. Nordb. Bank 116%. Rheinische 117%. Nordbahn 68%. Finnlandische Anleihe —. 1864er Russ. Prämiens-Anleihe —. 1866er Russ. Prämiens-Anleihe —. 6% Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 66%.

Hamburg, 22. August. [Getreidemarkt] still, Localgetreide flau. Weizen auf Termine weichend; pr. Septbr. Octbr. 5400 Pfd. netto 117 Bancothaler Br., 116 Gld. pr. Octbr. Novbr. 117 Br., 116 Gld. Roggen pr. August-Septbr. 5000 Pfd. Brutto 73 Br., 72½ Gld. pr. Septbr. Octbr. 73½ Br., 74 Gld. Oel pr. Aug. 26, pr. Oct. 26½, geschäftslös. Kaffee ruhig, doch fest. Zinf 13% gefordert. — Wetter sehr schön.

Liverpool, 22. August, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Fester Markt. Middleburg amerikanische 14, middling Orleans 14